

<p>STELLUNGNAHME zum Antrag</p> <p>FDP-Gemeinderatsfraktion</p> <p>vom: 14.05.2014 eingegangen: 14.05.2014</p>	<p>Gremium:</p> <p>Termin:</p> <p>Vorlage Nr.:</p> <p>TOP:</p> <p>Verantwortlich:</p>	<p>62. Plenarsitzung Gemeinderat</p> <p>01.07.2014</p> <p>2014/0625</p> <p>27</p> <p>öffentlich</p> <p>Dez. 2</p>
<p>Neue Formen der Bürgerbeteiligung</p>		

- Kurzfassung -

Die Verwaltung greift den Vorschlag auf und schlägt vor, die Entwicklung des geplanten Open-Government-Konzepts durch eine Initiativgruppe des Gemeinderates zu begleiten. Als Auftakt für dieses Konzept ist ein Open-Government-Forum für den 17. Juli 2014 vorgesehen, zu dem der Gemeinderat und die interessierte Öffentlichkeit eingeladen werden.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages				nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeinsparungen)	
Kontierungsobjekt:		Kontenart:		
Ergänzende Erläuterungen:				
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Die Praxis der repräsentativen Demokratie auf kommunaler Ebene erlebt einen erfreulichen Wandel. In der Bevölkerung wachsen der Mitgestaltungswille und die Mitwirkungsbereitschaft in kommunalen Angelegenheiten. Zugleich werden zunehmend Anforderungen an Transparenz und Nachvollziehbarkeit städtischen Handelns erhoben. Die Stadtverwaltung hat auf diese Entwicklung reagiert und im April 2012 ein „Konzept zur systematischen Bürgerbeteiligung“ erarbeitet, das im Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.

Bereits in diesem Konzept werden die neuen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung durch die elektronischen Medien unter der Überschrift „Online-Bürgerbeteiligung und E-Partizipation“ ausführlich geschildert. Allerdings muss eingeräumt werden, dass die dortigen Ausführungen noch eher projektiven Charakter haben und nicht die aktuelle Praxis beschreiben. Die Intention des Antrags, dies zu ändern, teilt das Bürgermeisteramt.

Der Gemeinderat hat sich in der jüngsten Vergangenheit wiederholt mit der Frage beschäftigt, wie die Möglichkeiten der Online-Kommunikation genutzt und Transparenz und Offenheit gesteigert, Beteiligungsmöglichkeiten vermehrt und konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen werden können. Es liegen Initiativen zur Informationsfreiheit, zu einem Live-Stream der Gemeinderatsdebatten, einem integrierten Beteiligungsportal, einem erleichterten Zugang und Offenlegung kommunaler Informationen und Daten vor.

Das Bürgermeisteramt hat vorgeschlagen, diese verschiedenen Initiativen zusammenfassend in einem „Open-Government-Forum“ grundsätzlich zu diskutieren. Ursprünglich war angedacht, dieses Forum noch vor der Wahl zu veranstalten. Es schien aber angemessener, eine Debatte, die möglicherweise zu neuen Regeln und Formen des demokratischen Willensbildungsprozesses und der stadtgesellschaftlichen Diskussion führen wird, an den Anfang der neuen Sitzungsperiode des Gemeinderats zu stellen.

Das Open-Government-Forum ist für den 17. Juli 2014 vorgesehen. Eingeladen werden der Gemeinderat und die interessierte Öffentlichkeit. Es wird zunächst darum gehen,

die Möglichkeiten des Open Government seitens der Verwaltung vorzustellen. Welche Maßnahmen sich daran konkret anschließen, ist Gegenstand der weiteren Diskussion und vom Gemeinderat zu entscheiden. Das Bürgermeisteramt wird gerne einen Formulierungsvorschlag für einen Auftrag an die Verwaltung unterbreiten. Darin wird die Idee einer Initiativgruppe des Gemeinderats, die das künftige Open-Government-Konzept mitentwickelt, aufgegriffen.